

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

2126

Seite **4**

Abgeordnete debattieren über den Schutz vor häuslicher Gewalt

Seite **8**

Finanzielle Schieflage der Kommunen beschäftigt den Landtag

Seite **18**

Landtag am ersten bundesweiten »Tag der Demokratiegeschichte« beteiligt



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 2 | 26

PLENUM

26. Sitzung
Wege aus der Gewaltspirale
Opfer häuslicher Gewalt sollen besser geschützt werden **4**

Hintergrundinformationen zu häuslicher Gewalt in Sachsen **6**

26. Sitzung
Konzerne zur Verantwortung rufen
Kontroverse über Steuergerechtigkeit und die Marktmacht der Ölkonzerne **7**

27. Sitzung
Frust an der Zapfsäule
Landtag debattiert über Wege aus der Energiekrise **8**

26. Sitzung
Wirtschaft als eigenständiges Schulfach?
AfD fordert in einem Antrag mehr Schulstunden für ökonomische Bildung **10**

PARLAMENT

Lernen gegen das Vergessen
Demokratiebildung an historischen Orten soll gestärkt werden **12**

Kommunalhaushalte unter Druck
Enquete-Kommission liefert Befunde zur Finanzlage der Kommunen **14**

Aktuelle Gesetzgebung **16**

TITELBILD:
Dr. Nancy Aris erhält Glückwünsche nach der Wiederwahl als Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Foto: S. Floss

8



14

7



12



18

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteure: Dr. Maria Hofmann, Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Niklas Hellfritsch, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
Druckerei Thieme Meißen GmbH,
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 01.04.2026
Gastautoren: Madita Markgraf, Mateo Quiering,
Ruben Zamora, Tom Grünberger (alle Sächsischer
Landtag), PD Dr. Michael Wetzel (TU Dresden)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

AKTUELLES**Demokratiegeschichte erleben**

Erster bundesweiter
Aktionstag am
18. März 2026 **18**

Kurz informiert **19**

JUGEND**Für die eigene
und die gesellschaftliche Zukunft**

Ein freiwilliges Jahr
in der Politik **20**

GESCHICHTE**Graf Detlev von
Einsiedel und
sein Wirken auf
den sächsischen
Landtagen**

Teil 1: Die Steuer-
diskussion 1811 **22**



Foto: T. Schlorke

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 18. März hat sich der Landtag am bundesweit ersten »Tag der Demokratiegeschichte« beteiligt. Das Projekt soll die Entwicklung der Demokratie hierzulande noch stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Mit dem 18. März verbinde ich vor allem die ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR im Jahr 1990. Sie brachten das Ende der SED-Herrschaft und mündeten wenige Monate später in die deutsche Wiedervereinigung. Rund 150 Jahre früher ging es schon einmal um die deutsche Einheit: Am 18. März 1848 setzten die Barrikadenkämpfer der Märzrevolution ihr Leben aufs Spiel, um politische Freiheitsrechte und soziale Reformen gegenüber dem preußischen König durchzusetzen. Allein diese beiden Beispiele zeigen: Demokratiegeschichte wird allermeist von Menschen geschrieben – vor allem aber geschieht sie immer an ganz konkreten Orten. Straßen, Plätze, Schlösser, Gerichtssäle oder Parlamentsgebäude sind stille Zeugen, die das Schicksal unseres Landes geprägt und unsere Erinnerung geformt haben.

**»Geschichte
wird allermeist
von Menschen
geschrieben –
vor allem aber
geschieht sie immer
an ganz konkreten
Orten.«**

Im aktuellen Landtagskurier können Sie mehr über Erinnerungsorte und den »Tag der Demokratiegeschichte« erfahren. Die neue Ausgabe berichtet von einer öffentlichen Anhörung zu den sächsischen Gedenkstätten. Als historische Schauplätze sind sie lebendige Lernorte für alle Bürgerinnen und Bürger. Vor allem junge Menschen können von einem Besuch profitieren. Schülerinnen und Schüler begreifen so etwas über die Auswirkungen totalitärer Diktaturen und das von ihnen ausgehende Leid. Zugleich können die Jugendlichen ihren Blick für den Wert unserer heutigen Demokratie schärfen.

Demokratiebildung kennt keine Altersgrenze. Deshalb hat der Sächsische Landtag in diesem Jahr erstmals ein Hausaufgabenheft für Grundschulen gestaltet. Es erklärt die zentralen Begriffe unserer repräsentativen Demokratie und die Funktionsweise des Parlaments. Auf diese Weise können die Schülerinnen und Schüler im wahrsten Sinne des Wortes unsere deutsche Demokratiegeschichte fortschreiben.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags

**20****22**

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Laura Stellbrink

Wege aus der Gewaltspirale

Opfer häuslicher Gewalt sollen besser geschützt werden

26. Sitzung des Sächsischen Landtags

SPD: Wichtiger Schritt nach vorn

Gewalt gegen Frauen sei kein Randthema, betonte zu Beginn der Debatte Laura Stellbrink (SPD). Deshalb müsse mehr getan werden, um die Opfer zu unterstützen, die Täter zu bestrafen und den Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt landesweit zu stärken. Ein Meilenstein sei dabei das vom Bundestag verabschiedete Gewalthilfegesetz. Es schaffe einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für Frauen sowie für deren ebenfalls betroffene Kinder. Bedeutsam sei zudem der Zugang zur vertraulichen Spurensicherung, bei der Opfer gerichtsverwertbare Beweise sichern könnten, ohne sofort Anzeige erstatten zu müssen. Auch im Bereich der digitalen sexualisierten Gewalt müsse konsequent gehandelt werden.

»Die Scham muss die Seite wechseln: Opfer unterstützen. Täter bestrafen. Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt sachsenweit stärken«, lautete der Titel der ersten Aktuellen Debatte der 26. Sitzung des Sächsischen Landtags am 25. März 2026. Beantragt wurde sie von der SPD-Fraktion.

CDU: Gewalt als gesellschaftliches Problem

Beim Thema Vergewaltigung nahmen viele Menschen an, dass die Täter fremde Personen seien. In der Realität stammten sie jedoch häufig aus dem eigenen Umfeld, gab Daniela Kuge (CDU) zu bedenken. Zudem würden Betroffene mitunter nicht ernst genommen oder sogar mitverantwortlich gemacht. Ein Blick auf die Zahlen zeige, dass die Täter allen gesellschaftlichen Schichten angehörten. Gewalt sei kein Randphänomen einzelner Gruppen, wie es die AfD behaupte. Um häuslicher und sexualisierter Gewalt entgegenzuwirken, müssten Polizei und Justiz technisch auf der Höhe der Zeit sein. Gleich-

zeitig brauche es mehr Prävention: Aufklärung, Medienkompetenz und Sensibilisierung – insbesondere an Schulen – seien entscheidend.

AfD: Starker Rechtsstaat statt »Kuscheljustiz«

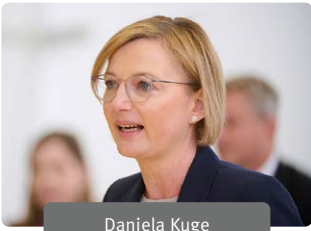
Häusliche Gewalt und sexuelle Übergriffe seien verabscheuungswürdige Verbrechen, erklärte Martina Jost (AfD). Jeder Täter müsse die volle Härte des Gesetzes spüren. Dafür gebe

»Gewalt gehört geächtet, den Tätern Scham und Schuld zugewiesen.«



Petra Köpping

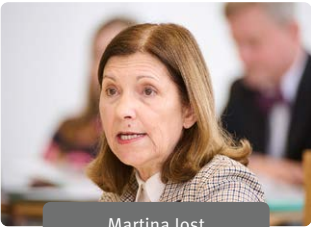
Fotos: S. Floss



Daniela Kuge



Laura Stellbrink



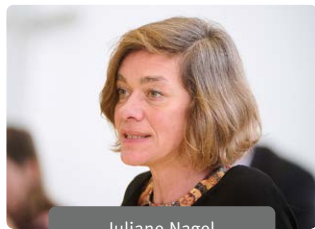
Martina Jost



Katja Meier



Doreen Voigt



Juliane Nagel

es staatliche Institutionen wie Polizei und Staatsanwaltschaft. Es brauche keine »Kuscheljustiz«, keine Bewährungsstrafen für Intensivtäter und keine endlosen soziologischen Erklärungsversuche vor Gericht. Schwer erträglich sei der erst kürzlich bekanntgewordene Fall, bei dem mehrere arabische Jugendliche eine 16-jährige Kurdin erst vergewaltigt und später mit dem Video erpresst hätten.

BSW: Licht ins Dunkel bringen

Es dürfe nicht bei Worten bleiben, mahnte Doreen Voigt (BSW). Damit die Scham tatsächlich die Seite wechseln könne, brauche es tragfähige Strukturen und vor allem eine klare Haltung. Das Bestreben auf Bundesebene, den Schutz vor digitaler sexueller Gewalt zu stärken, sei dringend notwendig. Zudem müsse mehr Transparenz geschaffen werden, da nur ein geringer Teil der Fälle angezeigt werde. Viele Opfer lebten nach einer Anzeige

in Angst. Im Jahr 2024 seien bundesweit fast 160 Menschen infolge solcher Gewalt gestorben. Daher müssten Kontrolle und Strafverfolgung verstärkt werden.

BÜNDNISGRÜNE: Männer in die Pflicht nehmen

Gewalt gegen Frauen sei kein Frauenthema, sondern ein gesellschaftliches Machtproblem, erklärte Katja Meier (BÜNDNISGRÜNE). Die Wut darüber dürfe nicht allein bei den Frauen bleiben – auch Männer müssten Verantwortung übernehmen. Wer Frauen wirksam schützen wolle, dürfe bestehende Angebote nicht abbauen, sondern müsse sie ausbauen. Sachsen brauche ein starkes landesspezifisches Ausführungsgesetz zum Gewalthilfegesetz, das Zuständigkeiten, Finanzierung und Schutzmaßnahmen verbindlich regelt. Bundesmittel dürften dabei nur ergänzend wirken und nicht Einsparungen ersetzen.

Die Linke: Mittelkürzungen sind falsch

Auch Juliane Nagel (Die Linke) forderte konkrete Maßnahmen. Sachsen komme beim Ausbau der Schutzstrukturen bislang kaum voran. Im Jahr 2024 konnten 947 Frauen mit 1077 Kindern nicht in Schutzeinrichtungen aufgenommen werden. Damit drohe das Ziel eines Rechtsanspruchs auf einen Schutzplatz bis 2032 verfehlt zu werden. Schutz bedeute zudem mehr als nur Unterbringung. Es gehe auch darum, Hilfenetzwerke zu stärken und mit Tätern zu arbeiten, um Verhaltensänderungen zu erreichen. Umso unverständlicher seien die Kürzungen im Haushalt des Sozialministeriums. So müsse etwa das Projekt einer Sofortaufnahme in Leipzig Mitte des Jahres schließen.

Staatsregierung: Landesgesetz in Arbeit

Der Freistaat Sachsen setze seit 2024 mit einem Landesaktionsplan die Istanbul-Konvention um, erklärte Petra Köpping (SPD), Staatsministerin für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieser umfasse 77 Ziele und 190 Maßnahmen zur Verbesserung der Situation Betroffener. Ein Landesgesetz zur Umsetzung des bundesweiten Gewalthilfegesetzes werde derzeit erarbeitet. Zu den zentralen Maßnahmen gehöre der unmittelbare Schutz der Betroffenen, etwa durch Wohnungsverweise für Täter. Insgesamt müsse sich die Gesellschaft verstärkt mit Gewalt auseinandersetzen – unabhängig davon, von wem sie ausgehe.

// Dr. Daniel Thieme



**NANCY ARIS
erneut zur Landesbeauftragten gewählt**

Der Sächsische Landtag hat Dr. Nancy Aris erneut zur Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gewählt. Damit beginnt ihre zweite fünfjährige Amtszeit. »Ich danke den Abgeordneten für das erneut entgegengebrachte Vertrauen«, sagte Aris nach ihrer Wahl. Zugleich verwies sie auf die Bedeutung von Kontinuität in der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Zu den Aufgaben der Behörde gehören die Unterstützung politisch Verfolgter in SBZ und DDR sowie die historisch-politische Bildungsarbeit in Sachsen. Aris setzt sich zudem für eine kritische Erinnerungskultur und die Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit ein, unter anderem an der Gedenkstätte Hoheneck und am Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis. »Unsere Zeitzeuginnen und Zeitzeugen werden weniger, gleichzeitig wächst der Bedarf an Bildungsarbeit«, sagte Aris. »Unser Auftrag bleibt: Wissen bewahren und die Erinnerung an das SED-Unrecht lebendig halten.«





Hintergrundinformationen zu häuslicher Gewalt in Sachsen

Fast die Hälfte aller Menschen in Deutschland erlebt mindestens einmal im Leben eine Form häuslicher Gewalt. Insgesamt sind Frauen häufiger betroffen als Männer. In Sachsen hat die Polizei im Jahr 2023 rund 10 000 Fälle häuslicher Gewalt erfasst. Neben den offiziellen Zahlen ist zudem von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen.

Anstieg der erfassten Fälle

Die Polizeiliche Kriminalstatistik gibt jedes Jahr Auskunft zur häuslichen Gewalt in Deutschland. Demnach wurden 2023 rund 250 000 Menschen in Deutschland Opfer von häuslicher Gewalt, 70 Prozent davon waren weiblich. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 6,5 Prozent. Erfasst werden dabei allerdings nur angezeigte Straftaten und weiterhin solche, die auch strafrechtlich geregelt sind. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer höher liegt.

Fälle, die nicht in der offiziellen Statistik auftauchen, versucht die Studie »Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag« der Bundesregierung zu erfassen. Sie kommt zum Ergebnis, dass Männer und Frauen ähnlich häufig Opfer psychischer Gewalt werden. Sexuelle wie auch körperliche Gewalt erfahren hingegen Frauen deutlich häufiger und empfinden diese als schwerer als Männer. Laut der sogenannten Dunkelfeldstudie haben 62,3 Prozent der Frauen angegeben, schon einmal Opfer

sexueller Belästigung geworden zu sein, im privaten wie auch im öffentlichen Raum. Von den Männern hat dies etwas weniger als ein Drittel erlebt.

Die Lage in Sachsen

2023 hat die Sächsische Polizei rund 10 000 Fälle häuslicher Gewalt erfasst, wovon zwei Drittel Körperverletzungsdelikte ausmachten. Die Tatverdächtigen waren zu 75 Prozent männlich. Auch hier ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Das Angebot der Familienschutzplätze, also Möglichkeiten, vor häuslicher Gewalt vorübergehend Schutz zu suchen, ist in Sachsen geringer, als der Bedarf. So gab es 168 Familienplätze im Jahr 2024, nach rechnerischer Empfehlung des Europarats hätten es jedoch knapp 400 sein müssen.

HÄUSLICHE GEWALT

Nach der sogenannten »Istanbul-Konvention« von 2011, die in Deutschland am 1. Februar 2018 in Kraft trat, »bezeichnet der Begriff »häusliche Gewalt« alle Handlungen körperlicher, sexueller, psychischer oder wirtschaftlicher Gewalt, die innerhalb der Familie oder des Haushalts oder zwischen früheren oder derzeitigen Eheleuten oder Partnerinnen beziehungsweise Partnern vorkommen«, egal, ob Täter bzw. Täterin und Opfer den gleichen Wohnsitz haben oder hatten.

Es existieren zahlreiche Beratungsstellen und Schutzmöglichkeiten für Opfer häuslicher Gewalt, etwa der Verein »LAG Gewaltfreies Zuhause Sachsen e.V.«, der sich für den Schutz von Opfern häuslicher Gewalt einsetzt. Zudem gibt es ein bundesweit kostenloses Hilfetelefon.

// Niklas Hellfritsch

www.hilfetelefon.de



Bundesweites Hilfetelefon gegen häusliche Gewalt (kostenlos): 116 016

Konzerne zur Verantwortung rufen

Kontroverse über Steuergerechtigkeit und die Marktmacht der Ölkonzerne

In der dritten Aktuellen Debatte am 25. März 2026 debattierte der Sächsische Landtag unter anderem über die infolge des Iran-Krieges stark gestiegenen Mineralölpreise. »Kürzungen vermeiden, indem die Richtigen zahlen – große Vermögen und Krisenprofite besteuern!« lautete der von der Fraktion Die Linke eingebrachte Gesprächsgegenstand.

Staat muss stärker eingreifen

Susanne Schaper (Die Linke) kritisierte, große Ölkonzerne könnten weitgehend ungehindert agieren, während Verbraucherinnen und Verbraucher unter hohen Spritpreisen litten. Das Bundeskartellamt erweise sich bei diesem Thema als zu schwach. Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen, müsse der Staat stärker in die Märkte eingreifen.

Peter Wilhelm Patt (CDU) stellte dem einen anderen Ansatz gegenüber. Er betonte, wirtschaftlicher Erfolg dürfe nicht bestraft werden, vielmehr müsse der Staat erfolgreiche Unternehmen unterstützen. Bei den Spritpreisen gebe es jedoch Einigkeit: Mineralölkonzerne verlangten überhöhte Preise. Kartellamt und Behörden müssten handeln, seien dazu derzeit aber offenbar nicht ausreichend in der Lage.

Vermögensteuer gefährdet Betriebe

André Barth (AfD) argumentierte, Vermögen sei häufig in Unternehmen gebundenes Kapital, das Arbeitsplätze schaffe, Investitionen ermögliche und Risiken trage. Eine regelmäßige Besteuerung von Unternehmensvermögen würde nach seiner Auffassung das Eigenkapital der Betriebe aufzehren und damit wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gefährden.

Uta Knebel (BSW) hob hervor, dass es bei der Besteuerung großer Vermögen und der Abschöpfung von Krisen- und Kriegsgewinnen auch um gesellschaftlichen Zusammenhalt gehe. Nach dem Vorbild der zuletzt 1996 erhobenen Vermögensteuer könne der Staat Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe erzielen und für wichtige Aufgaben einsetzen.

Oligopol treibt Preise

Henning Homann (SPD) sprach in der aktuellen Situation von Marktmissbrauch an den Tankstellen. Verantwortlich seien nicht die Betreiber vor Ort, sondern wenige große Mineralölkonzerne, die ein Oligopol bildeten. Um die Preise zu senken, reichten bisherige Maßnahmen nicht aus; notwendig seien Änderungen im Kartellrecht sowie eine Übergewinnsteuer.



Franziska Schubert (BÜNDNISGRÜNE) forderte, bestehende Steuerschlupflöcher zu schließen und ein gerechtes Steuersystem zu schaffen, in das alle einbezogen würden. Dazu gehöre eine international abgestimmte Übergewinnsteuer. Die Mehreinnahmen müssten direkt bei den Menschen ankommen. Besonders jene mit geringem Einkommen litten derzeit unter den stark steigenden Preisen.

Finanzminister Christian Piwarz (CDU) betonte, ein starker Staat sei auf eine leistungsfähige Wirtschaft angewiesen. Gerade in einer Phase, in der viele Unternehmen unter Druck stünden und das Wachstum schwach sei, sende eine Vermögensteuer das falsche Signal. Diese würde das Investitionsklima in Deutschland beeinträchtigen und den Wirtschaftsstandort schwächen.

// Dr. Daniel Thieme





Frust an der Zapfsäule

Landtag debattiert über Wege aus der Energiekrise

27. Sitzung des Sächsischen Landtags

Der israelisch-amerikanische Angriff auf den Iran sorgte auch in Sachsen zuletzt für steigende Preise bei Öl und Gas. »Kostens- explosion durch gescheiterte Energiepolitik in Deutschland« lautete aus diesem Anlass die zweite Aktuelle Debatte am 26. März 2026. Das Thema hatte die AfD-Fraktion auf die Tages- ordnung der 27. Sitzung des Sächsischen Landtags gesetzt.

AfD: Energiemix statt Verbote

Energie sei eine soziale Frage, stieg Jörg Urban (AfD) in die Debatte ein. Die verheerende Energiepolitik der Bundesregie- rung treffe nicht nur die Unter- nehmen, sondern vor allem die Menschen in Deutschland. Wenn die Tankfüllung zum Luxusgut gerate, habe die Regierung versagt. Es brauche eine Politik, die den Bürger entlaste, anstatt ihm immer neue Abgaben und Steuern auf- zuerlegen. An Ministerpräsident Kretschmer adressierte Urban, dass dieser sich zwar für den Bezug von russischem Gas und Öl ausspreche, dann aber nichts tue. Ähnlich verhalte es sich mit Kretschmers Ankündigung zur Entwicklung kleinerer Kern- reaktoren. Man könne ein Indus- trieland wie Deutschland nicht mit Energie aus Wind und Sonne betreiben. Es brauche statt- dessen einen »Energiemix der Vernunft« sowie Technologie- offenheit statt Einseitigkeit und Verbote.

CDU: Realistische Perspektiven

Hohe Energiepreise seien sowohl für Familien und Rentner als auch für das Handwerk und die Industrie eine große Belastung, äußerte sich Kay Ritter (CDU). Wer aber die Ursachen verkürzt darstelle und Lösungen durch populistische Parolen ersetze, mache Politik zum Schauspiel. Eine Rückkehr zur Kernkraft, die unbegrenzte Kohleverstromung und die Abkehr von erneuerbaren Energien seien kein Konzept, sondern reines Wunschdenken. Beispielsweise sei ein schneller Wiedereinstieg unrealistisch, da der Rückbau der Anlagen bereits laufe und Fachkräfte fehlten. Ähnlich verhalte es sich bei der Kohle. Der Struktur- wandel sei längst beschlossen. Auch andere fossile Abhängig- keiten schwächten die wirtschaft- liche und politische Handlungs- fähigkeit Deutschlands, was sich derzeit im Nahostkonflikt zeige. Die AfD verkaufe den Rückschritt als Lösung, während seine Fraktion auf Zukunfts- fähigkeit setze.



Kay Ritter



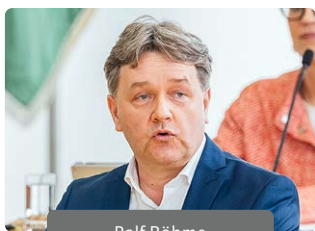
Juliane Pfeil



Jörg Urban



Thomas Löser



Ralf Böhme



Stefan Hartmann

Fotos: O. Killig

BSW: Staatliche Abgaben als Preistreiber

Ralf Böhme (BSW) erklärte, die gegenwärtig hohen Kraftstoffpreise resultierten nicht nur aus den gestiegenen Beschaffungskosten, sondern in erheblichem Maße auch aus staatlichen Abgaben. Der Staat erhebe aktuell auf einen Liter Benzin rund 65 Cent Energiesteuer, beim Diesel seien es 47 Cent. Hinzu komme die CO₂-Steuer sowie für den Endpreis noch die Mehrwertsteuer obendrauf. Diese »Steuer auf die Steuer« sei »staatliche Wegelagererei« an der Zapfsäule. Um die Verbraucher zu entlasten, sollte die Energiesteuer gesenkt und die CO₂-Steuer gänzlich abgeschafft werden. Für die Gewinnmargen der Raffinerien brauche es eine Obergrenze. Ralf Böhme schlug weiterhin als Lösung vor, die Ostseepipeline Nord Stream zu reparieren und wieder preiswertes russisches Gas zu beziehen, sobald dies möglich sei.

SPD: Realitätscheck

Nach den Worten von AfD und BSW klinge vieles sehr einfach, hielt Juliane Pfeil (SPD) dagegen. Man müsse lediglich russisches Gas kaufen oder die Kernkraftwerke anschalten, damit Energie wieder billig werde. Dies sei jedoch reines Wunschdenken und habe mit der Realität nichts zu tun. Eine Rückkehr in frühere Abhängigkeiten bedeute einen Rückschritt. Deutschland und Europa hätten in den vergangenen Jahren die erneuerbaren Energien ausgebaut und beispielsweise mit großem Einsatz eine neue LNG-Infrastruktur geschaffen. Dies habe maßgeblich dazu beigetragen, dass Wirtschaft und Haushalte aktuell nicht in eine echte Versorgungskrise gerieten. Von der Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche erwarteten Bürger und Unternehmen jetzt Tempo und keine Maßnahmen,

die später zusätzliche Kosten verursachen könnten.

BÜNDNISGRÜNE: Zukunftsfähige Technologien

Wer weiterhin von neuen Atomkraftwerken spreche, ignoriere wirtschaftliche Vernunft, appellierte Thomas Löser (BÜNDNISGRÜNE). Atomstrom sei teuer und nur durch umfangreiche staatliche Subventionen möglich. Es sei damit zu rechnen, dass die Preise für fossile Energien weiter ansteigen. Wer sich als Vertreter der kleinen Leute darstelle und zugleich für fossile Heizungen und Verbrennungsmotoren werbe, schaffe langfristige finanzielle Risiken. Solarenergie und Windkraft würden sich hingegen jetzt schon wirtschaftlich rechnen. Es handele sich um leistungsfähige Technologien, die größtenteils in Deutschland entwickelt worden seien. Sie beruhten auf technologieoffenem und ökologischem Denken. Der notwendige Netzausbau verursache zunächst einmal zusätzliche Kosten, dabei handele es sich jedoch um langfristig sinnvolle Investitionen.

Weitere Aktuelle Debatten:

Am 25. März 2026 standen in der 26. Sitzung des Sächsischen Landtags weitere Debatten auf der Tagesordnung. Auf Antrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE debattierten die Abgeordneten über »Breite Kürzungen und weniger Mitsprache im Naturschutz: Schluss mit den Angriffen auf unsere Zukunft!«.

Am 26. März 2026 folgte in der 27. Sitzung zunächst eine Aktuelle Debatte der CDU-Fraktion unter dem Titel »Bündnis für ein starkes Sachsen – Wachstum ermöglichen, Kommunen entlasten und den Staat modernisieren!«. Außerdem wurde noch die Debatte »Kriegstreiber sind Preistreiber! Sachsen im Würgegriff von Krieg und Sanktionen im Namen westlicher Werte« (BSW) aufgerufen.

Die Linke: Entlastung und Mobilitätswende

Die von der AfD vertretene Vorstellung, man könne dauerhaft an fossilen Energien festhalten und die Vergangenheit unverändert zurückholen, sei eine Illusion, kritisierte auch Stefan Hartmann (Die Linke). Diese festige Abhängigkeiten von Konzernen und autoritären Staaten. Das führe immer wieder zu neuen Preis- und Klimakrisen. In der aktuellen Situation müssten die Stromsteuer und andere Umlagen gesenkt werden. Statt einer Erhöhung der Mehrwertsteuer brauche es Entlastungen beim Grundbedarf, etwa durch einen

sozial gedeckelten günstigen Grundverbrauch an Strom und Wärme sowie durch die Auszahlung des lange angekündigten Klimageldes, insbesondere für kleine und mittlere Einkommen. Notwendig sei zudem die Einführung eines dauerhaft günstigen, bundesweiten 9-Euro-Tickets.

Staatsregierung: Globale Perspektive und Abhängigkeiten

Dirk Panter (SPD), Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz, sagte, die derzeitige Kostenexplosion sei ein weltweites Phänomen. Hohe Preise für Energie gebe es aktuell nicht nur in Deutschland. Nach dem Angriff der USA und Israels auf den Iran würden insbesondere asiatische Länder noch stärker auf erneuerbare Energien und Elektromobilität setzen, um unabhängiger zu werden. Eine verstärkte Nutzung von Öl und Gas halte Deutschland in der Hand autokratischer Staaten und Regionen. Wladimir Putin und Donald Trump hätten mit ihren Kriegen und Konflikten maßgeblich zu steigenden Kraftstoffpreisen beigetragen und damit die globale Wirtschaft destabilisiert. Man müsse damit rechnen, dass die USA – wenn nötig – fossile Energieträger als politisches Druckmittel einsetzen.

»Das Ziel bleibt aber die Energiewende bei einem vernünftigen Energiemix.«



Dirk Panter

// Dr. Daniel Thieme



Foto: O. Klüg

AKTUELLE DEBATTEN
ALS VIDEO

Wirtschaft als eigenständiges Schulfach?

AfD fordert in einem Antrag mehr Schulstunden für ökonomische Bildung

Am 25. März 2026 debattierte der Sächsische Landtag über die Einführung eines Pflichtfachs Wirtschaft an Schulen. Ausgangspunkt war der Antrag der AfD-Fraktion »Wirtschaft in Schulen zum Pflichtfach machen – als Basis einer zukunftsorientierten Allgemeinbildung«. Die Fraktion stützte sich in ihrer Forderung unter anderem auf die OeBiX-Studie 2024, die Sachsen bundesweit auf den letzten Platz bei der ökonomischen Bildung sieht. Der Antrag fand keine Mehrheit im Plenum.

Wirtschaftsbildung stärken

Eine solide wirtschaftliche Bildung sei für das Leben äußerst nützlich und schütze vor Manipulation, eröffnete Frank Peschel (AfD) die Debatte. Junge Leute trafen heute frühzeitig finanzielle Entscheidungen. Doch ohne Grundwissen seien sie eine leichte Beute für schlechte Verträge oder unseriöse Finanzprodukte. Ein Pflichtfach Wirtschaft könne Grundlagen zu Finanzplanung und Verbraucherrechten vermitteln.

Es gebe viele Forderungen, Bildung zu einzelnen Themen auszubauen. Doch ebenso berechtigt sei die Frage, was in der Folge

weggelassen werden solle, so Dr. Frank Kromer (CDU). Die Schüler spürten bereits heute einen hohen Leistungsdruck, der verhindere, mehr Inhalt in den Schulalltag hineinzupacken. Der Kanon der Schulbildung müsse vielmehr in seiner Gesamtheit betrachtet werden.

Lehrpläne unter Druck

Lars Wurzler (BSW) stimmte zu, dass die sächsischen Lehrpläne überarbeitet werden müssten. Ein neues Fach Wirtschaft brauche es deswegen aber noch nicht. Der Antrag fordere zudem, ein solches Fach auch an Grund- und Förderschulen einzuführen. Dabei hätten Kinder an diesen Schulen ganz besondere Bedürfnisse und dürften nicht mit zusätzlichen Inhalten überfrachtet werden.

Gerald Eisenblätter (SPD) kritisierte die dem Antrag zugrunde liegende OeBiX-Studie. Diese erhebe gerade nicht, was Schülerinnen und Schüler wissen und wie gut sie wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen. Es sei daher bildungspolitisch unseriös, aus einem solchen Strukturindex direkt die Forderung nach einem neuen Pflichtfach abzuleiten. Bei allen Herausforderungen besitze Sachsen eines der leistungsstärksten Bildungssysteme in Deutschland.

Kritik am Antrag

Christin Melcher (BÜNDNISGRÜNE) argumentierte ähnlich. Der Antrag verkenne die schulischen Realitäten in Sachsen. Ökonomische Inhalte seien längst Teil des Unterrichts, etwa im Fach Gemeinschaftskunde/Recht/Wirtschaft. Die zitierte Studie messe lediglich, wie oft das Wort »Wirtschaft« im Stundenplan steht. Damit sei keine ernsthafte Bildungspolitik zu machen.

Mit ihrem Antrag beanspruche die AfD zwar wirtschaftliche Kompetenz, allerdings würden ihre Positionen geradezu die Wirtschaft gefährden, so Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke). Das Infragestellen der Exportorientierung oder ein Blockieren der Fachkräftezuwanderung führe auf direktem Wege in die Deindustrialisierung. Die Schule sei mehr als nur die Summe ihrer Fächer.

Wirtschaftliche Kompetenzen seien in Sachsens Lehrplänen fest verankert, gab Kultusminister Conrad Clemens (CDU) zu Protokoll. An einigen Schulen habe sich das Profil »Unternehmerische Bildung« etabliert. Im Unterricht würden ökonomische Inhalte über den Fachunterricht hinaus vertieft und mit praktischen Projekten und Planspielen verbunden. Der Antrag der AfD greife zu kurz.

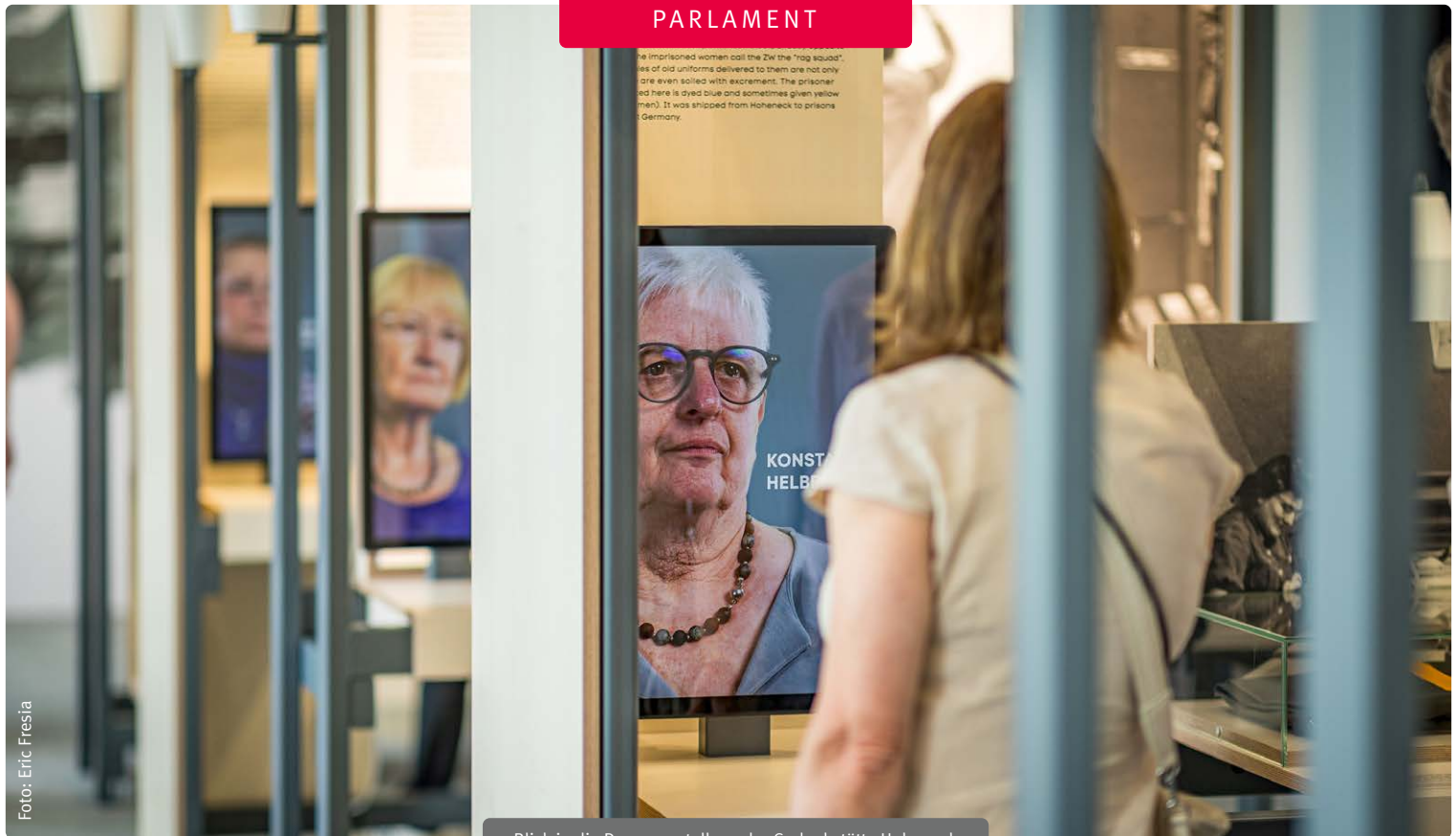
// Dr. Daniel Thieme

ORTE FÜR DIE ERINNERUNG



Die Diktaturen des 20. Jahrhunderts haben auch in Sachsen ihre leidvollen Spuren hinterlassen. Auf dem Gebiet des gesamten Freistaats gibt es zahlreiche Gedenkstätten, die an die Opfer von Nationalsozialismus und Kommunismus erinnern und den Widerstand gegen die Unrechtsregime würdigen. Viele Erinnerungsorte werden von der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten betrieben oder gefördert. Die Arbeit der Stiftung ist in einem eigenen Landesgesetz geregelt, das der Landtag 2003 beschlossen und seitdem zweimal novelliert hat.

Denkmal im Innenhof der Gedenkstätte
Münchener Platz Dresden



Blick in die Dauerausstellung der Gedenkstätte Hoheneck

Foto: Eric Fresia

Lernen gegen das Vergessen

Demokratiebildung an historischen Orten soll gestärkt werden

Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag zur Frage, wie Gedenkstättenbesuche von Schülerinnen und Schülern an weiterführenden Schulen zur Demokratieförderung beitragen können, beschäftigte sich der Ausschuss für Schule und Bildung am 13. März 2026 in einer öffentlichen Anhörung. Die gemeinsame Einbringung durch Abgeordnete aus den Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNISGRÜNEN und Die Linke verdeutlichte, wie wichtig das Thema angesehen wird.

Mit dem Antrag »Gegen das Vergessen – Gedenkstättenbesuche als Beitrag zur historisch-politischen Bildung und Demokratiebildung an weiterführenden Schulen fördern und fortentwickeln!« wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag ausführlich darzustellen, in welchem Umfang Gedenkstättenfahrten im Freistaat Sachsen genutzt werden. Überdies soll sie diese im größeren Maße fördern, um damit die politische und historische Bildung zu stärken. Im Schulausschuss wurden die geladenen Sachkundigen gebeten, sich zu dem Antrag zu positionieren.

Professionalisierung und Nachhaltigkeit notwendig

Prof. Dr. Anja Besand, Direktorin der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie an der TU Dresden, wies darauf hin, dass Gedenkstättenbesuche oft die erste Reaktion von Lehrkräften seien, wenn Schüler rechtsextreme oder antisemitische Äußerungen tätigen würden. Dabei sei ein Besuch allein noch nicht ausreichend, um tieferliegende Probleme zu lösen. Angesichts komplexer Herausforderungen an weiterführenden Schulen sei der Gedenkstättenbesuch für Lehrkräfte auch eine nach-

vollziehbare Handlungsstrategie, um die Problematik an Externe zu übertragen. Mit einer solchen Erwartungshaltung müssten Gedenkstätten umgehen können. Auch aus diesem Grund brauche es eine Professionalisierung der Gedenkstättenpädagogik.

Aus der Schulpraxis berichtete Sylvia Wackernagel, Schulleiterin an der 30. Oberschule Dresden. Nach antisemitischen Äußerungen und provokantem Verhalten unter Schülern habe sie selbst an Fortbildungen teilgenommen und einen Besuch der Gedenkstätte Auschwitz geplant, um das Bewusstsein für die NS-Zeit in der Schülerschaft

zu schärfen. Die Finanzierung sei herausfordernd gewesen, da Fördermittel oft unzureichend seien. Sie hob die Bedeutung solcher Exkursionen hervor, das Interesse und auch die Nachwirkung bei den Schülern sei deutlich. Sie betonte, dass nachhaltige finanzielle Mittel und eine strukturierte Umsetzung von Gedenkstättenfahrten wichtig für deren Erfolg seien.

Tobias Kley beschrieb die vielfältige Arbeit der Brücke/Most-Stiftung, die Bildungsfahrten für Schulklassen organisiere und Lehrkräfte umfangreich berate – mitunter auch zur Finanzierung von Fahrten. Oft würden diese ein Jahr im Voraus geplant. In diesem Zusammenhang würde deutlich, dass es ausreichend langfristig angelegte Mittel für solche Programme brauche. Eine fehlende mehrjährige Planungssicherheit könne die Struktur von mit Ge-

denkstättenarbeit betrauten Stiftungen gefährden.

Auf die große Vielfalt der Gedenkstättenlandschaft im Freistaat Sachsen wies Dr. Markus Pieper von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hin. Sie würden sich mit verschiedensten Epochen der deutschen Geschichte auseinandersetzen und seien häufig aus zivilgesellschaftlichem Engagement entstanden. Die Nachfrage nach Bildungsangeboten übersteige jedoch oft deren Kapazitäten. Zur besseren Ausstattung von Gedenkstätten mahnte auch Ingolf Notzke vom Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis. Ihre Bedeutung sei nicht zu unterschätzen, schließlich würden Gedenkstätten das demokratische Bewusstsein stärken und den direkten Austausch mit Zeitzeugen ermöglichen.

Mehr Qualität als höhere Besucherzahlen

Dr. Ronald Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, hob hervor, dass man speziell in Deutschland weiterhin eine moralische Verantwortung habe. Das gelte auch für die zeitgenössische Gedenkstättenpädagogik. Gedenkstätten seien nicht nur Erinnerungsorte, sondern auch Bildungsressourcen für reflektiertes Geschichtsbewusstsein. Er sprach sich dagegen aus, Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme an Fahrten zu verpflichten – aber jedem solle in der Schullaufbahn mindestens einmal das Angebot gemacht werden. Man könne zwar nicht erwarten, dass sich mit einer Gedenkstättenfahrt alle Versuche des Rechtsextremismus erübrigen, aber ein Besuch his-

torischer Orte habe erkennbare Wirkung und klinge nach. Im Sinne der Nachhaltigkeit von Gedenkstättenbesuchen sei es ein großes Anliegen der Lernorte selbst, dass sie nicht mehr Besucher pro Jahr erreichen wollen, sondern besser vorbereitete Gruppen.

Dr. Mykola Borovyk, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Sachsenburg, bestätigte, die Besuche sollten nicht als einmaliges Erlebnis betrachtet werden. Eine sorgfältige Vorbereitung sei entscheidend für ein tieferes Verständnis der Geschichte. Wichtig seien dafür Rahmenbedingungen, die

Schulen eine größere Flexibilität bei der Planung ihrer Lernprogramme ermöglichen würden, ebenso wie zusätzliche finanzielle Ressourcen und eine Vereinfachung bürokratischer Verfahren für Schulen.

Neben der Einigkeit unter den Sachkundigen, dass es für eine nachhaltige Gedenkstättenarbeit verbindlichere Finanzierungszusagen brauche, gab es mehrfach die Anregung, Gedenkstättenbesuche auch wissenschaftlich zu begleiten, um mehr über die langfristige Wirkung verschiedener Formate zu erfahren.

// Janina Wackernagel

MEHR INFORMATIONEN



Stenografisches Protokoll



Anhörungsvideo



STIFTUNG
SÄCHSISCHE
GEDENKSTÄTTEN



www.stsg.de

Kommunalhaushalte unter Druck

Enquete-Kommission liefert Befunde zur Finanzlage der Kommunen

Sachsens Kommunen stehen vor massiven finanzpolitischen Herausforderungen. Wie kann der Freistaat darauf reagieren? Mögliche Antworten soll die Enquete-Kommission »Ein lebenswertes Sachsen – durch handlungsfähige Kommunalhaushalte und Stärkung der Entscheidungsträger vor Ort« liefern.

Finanzielle Schieflage gefährdet Handlungsfähigkeit

Laut aktuellen Finanzzahlen beliefen sich die Defizite der Kommunen im Jahr 2025 bundesweit auf mehr als 30 Milliarden Euro, im Freistaat Sachsen waren es gut eine Milliarde Euro. Damit wurde der bisherige Minusrekord aus dem Jahr 2024 (24,9 Milliarden bzw. 682 Millionen Euro) deutlich übertroffen, in Sachsen sogar um mehr als 50 Prozent – und eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Der Präsident des Sächsischen Städte- und Gemeindebundes merkte bereits 2024 an: »Die kommunalen Haushalte erodieren nicht mehr, sie kollabieren«. Der ehemalige Klassenbeste unter den ostdeutschen Bundesländern in Sachen kommunale Investitionen hält zudem seit 2023 die rote Laterne in der Hand. Mehr als die Hälfte der sächsischen Kommunen gaben 2025 mehr Geld aus, als sie eingenommen haben (siehe Karte zu den kommunalen Salden).

Als Folge der finanziellen Schieflage suchen immer mehr Kommunen nach Antworten. Investitionen werden verschoben, die Infrastruktur verschleißt und freiwillige Leistungen verschwin-

den. Die Kommunen müssen Schwimmbädern oder Bibliotheken schließen, Kitagebühren anheben oder marode Brücken und Straßen sperren. Torsten Bonew (Finanzbürgermeister Leipzig) stellte die logische Folgefrage in der 5. Sitzung der Enquete-Kommission: »Was können und was wollen wir uns noch leisten?«

Auch im Sächsischen Landtag wird nach Auswegen ge-

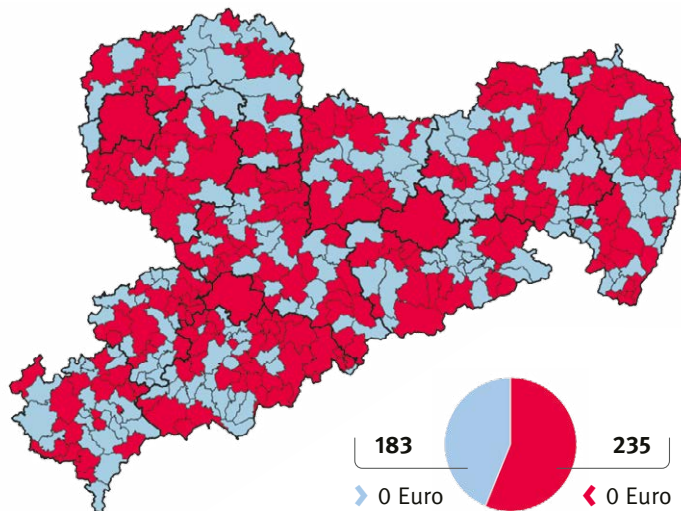
sucht. Das Parlament hat 2025 auf Antrag der AfD-Fraktion eine Enquete-Kommission eingesetzt. Bis Ende 2027 wird sie unter dem Vorsitz von Thomas Thumm (AfD) beraten, wie die sächsischen Kommunalhaushalte zukunftsfähig aufgestellt werden können. Die Kommission setzt sich aus 20 Abgeordneten sowie sechs externen Mitgliedern zusammen, die von den Fraktionen benannt wurden.

Darüber hinaus werden die kommunalen Spitzenverbände als ständige Gäste zu den Kommissionssitzungen eingeladen.

Stagnierende Einnahmen, stark steigende Ausgaben

»Das Defizit wuchs, weil der Einnahmewachstum nicht mit dem Ausgabenwachstum Schritt hielt«, bilanzierte das Statistische Bundesamt in einer Pressemitteilung 2025. Einnahmeseitig macht die rezessive Wirtschaftslage zu schaffen. Für die dynamische Entwicklung der Ausgaben sind die inflationären Entwicklungen der letzten Jahre (z. B. Bau- und Energiekosten und Personalausgaben) sowie ein Anstieg der Standards von Bund und Freistaat (z. B. bei den Sozialleistungen) verantwortlich. »Die daraus resultierenden Defizite können auch durch konsequente Sparmaßnahmen der Kommunen überwiegend nicht kompensiert werden. Insoweit haben die betroffenen Kommunen eine außergewöhnliche Haushaltslage zu bewältigen«, stellte das Sächsische Staatsministerium des Innern in einem Erlass im Juli 2025 fest, mit dem es den

Saldo der kommunalen Einzahlungen / Auszahlungen zum IV. Quartal 2025



Quelle: Sächsischer Städte- und Gemeindebund (auf Grundlage der Kassenquartalsstatistik)



Sachverständige bei der Anhörung am 23. März 2026 im Plenarsaal

Kommunen erheblich die Aufnahme von Kassenkrediten zur Erfüllung ihrer Aufgaben erleichterte. Denn trotz sämtlicher Einsparmaßnahmen können die Ausgaben vieler Kommunen lediglich über Kassenkredite gedeckt werden. Das funktioniert nur, weil selbst Haushalte, die ein enormes Defizit aufweisen, aufgrund des Erlasses genehmigungsfähig sind. Doch »das ist nur die Ruhe vor dem Sturm, wenn sich nichts ändert. [...] Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in den Bereich des Systemversagens laufen«, warnte Rico Anton (Landrat Erzgebirgskreis), ebenfalls in der 5. Sitzung. Denn das Gespenst der Schulden-

Zins-Spirale spukt längst in den sächsischen Rathäusern. Für den Erzgebirgskreis prognostizierte er auf Basis aktueller Vorausberechnungen eine Verzehnfachung der Pro-Kopf-Verschuldung bis 2029 und eine Rückzahlung bis zum Jahr 2109, bei konstanter Haushaltslage ab 2030.

Bruchstellen zwischen Landes- und Kommunalpolitik

Die ersten drei Anhörungen der Enquete-Kommission offenbarten unterschiedliche Lageeinschätzungen zwischen den Sachverständigen, die für die Perspektive des Freistaats, der

Wissenschaft und der Kommunen geladen waren. So schätzt Enrico Krönert vom Sächsischen Finanzministerium die Finanzlage als »angespannt, aber nicht katastrophal« ein. Es läge kein strukturelles Finanzierungsdefizit der Kommunen vor. Defiziten der Landkreisebene stünden Überschüsse des kreisangehörigen Raums gegenüber. Ohnehin hätten die sächsischen Kommunen ihr Finanzvermögen seit 2014 durchgehend gesteigert. Die Lösung liege in einer Anpassung der Umverteilungsmechanismen zwischen kreisangehörigem Raum und Landkreisen. Mittlerweile nimmt jedoch auch die Regierung des Freistaats Sachsen die Lage ernst. Ministerpräsident Michael Kretschmer sagte der Leipziger Volkszeitung: »Die deutschen Kommunen stehen massiv unter Druck und dürfen nicht länger die Zahlstelle für die Bundespolitik sein.«

Unterstützung fanden die Kommunalpolitiker durch die angehörten Wissenschaftler. Prof. Dr. Ralf Lunau (FH Meißen) sah Anhaltspunkte für eine chronische Unterfinanzierung: »Wir haben es mit strukturellen Ungleichheiten zu tun, die die grundgesetzlichen Gewährleistungen aus Artikel 28 und die

Gewährleistungen aus Artikel 82 der Sächsischen Verfassung infrage stellen«. Entsprechend zog er den Schluss, dass nur strukturell-politische Lösungen helfen können und empfahl einen funktionalen Kassensturz sämtlicher kommunaler Aufgaben. Prof. Dr. Thomas Lenk (Universität Leipzig) wies zudem darauf hin, dass Sachsen vergleichsweise viele Aufgaben an die Kommunen delegiert habe und dieser hohe Kommunalisierungsgrad in einem Missverhältnis zur vergleichsweise schlechten Finanzausstattung stünde. Er empfahl einen finanziellen Kassensturz in Form einer grundsätzlichen Überprüfung der Verteilungsverfahren zwischen Land und Kommunen. Er äußerte die Vermutung, dass dieser zugunsten der Kommunen ausfallen würde.

Angesichts der Aktualität und hohen Relevanz der behandelten Thematik war die Tribüne des Plenarsaals bisher gut besucht. Die Enquete-Kommission plant, ihren Abschlussbericht bis spätestens Ende 2027 dem Landtag vorzulegen.

// Tom Grünberger /
Ruben Zamora



AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 27.03.2026

TITEL EINBRINGER AUSSCHUSS	ERLÄUTERUNG	STATUS
Fünftes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung 8/2828 AfD Ffd.: Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung	Der Gesetzentwurf sah vor, Vorhaben zur Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie nur dann zuzulassen, wenn ein Mindestabstand von 1000 Metern zu Wohnbebauungen eingehalten wird. Nach Ende der Nutzung sollte der Rückbau der Anlagen zudem durch eine verbindliche Verpflichtungserklärung sowie eine entsprechende Sicherheitsleistung des Betreibers abgesichert werden.	✗
Gesetz für die dialogische Beteiligung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz – SächsÖBeG) 8/2889 BÜNDNISGRÜNE Ffd.: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	Zur Stärkung der demokratischen Kultur und Erhöhung der sozialen Akzeptanz sollten zufällig ausgesuchte Bürgerinnen und Bürger durch Austausch mit staatlichen Stellen in Beteiligungsformaten aktiv in politische Willensbildungsprozesse eingebunden werden.	✗
Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und weiterer Vorschriften 8/4030 AfD Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	Mit dem Gesetzentwurf sollte die staatliche Förderung der Integration der in Sachsen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund abgeschafft werden. Die staatliche Unterstützung sollte sich darauf beschränken, die Bereitschaft und Fähigkeit zur eigenständigen Integration einzufordern.	✗
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Juristenausbildungsgesetzes (SächsJAG) 8/5559 CDU und SPD Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa	Bewerberinnen und Bewerber, die aktiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung tätig sind, werden im Freistaat Sachsen künftig nicht mehr zum Juristischen Vorbereitungsdienst zugelassen.	✓
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes 8/6004 Staatsregierung Haushalts- und Finanzausschuss	Die Beträge der einmaligen Unfallentschädigung werden in etwa verdoppelt und auf das Niveau der meisten anderen Bundesländer und des Bundes angehoben.	✓
Gesetz zur Änderung polizeirechtlicher Vorschriften 8/6142 Staatsregierung Ffd.: Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport	Mit dem Gesetzentwurf sollen bundes- und landesverfassungsgerichtliche Vorgaben an verdeckte Überwachungsmaßnahmen und an die Datenweiterverarbeitung umgesetzt werden. Daneben sind neue Befugnisse für den Polizeivollzugsdienst vorgesehen, etwa zur Abwehr von Drohnen oder zur intelligenten Videoüberwachung.	○
Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes 8/6222 CDU und SPD Ffd.: Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa	Ziel des Gesetzesvorhabens ist es, den verfassungsrechtlichen Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Abgeordnetenentschädigung zu gewährleisten. Hierfür soll insbesondere die Grundentschädigung angepasst und weiterentwickelt werden.	○
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes 8/6537 AfD Ffd.: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Planungshoheit des Freistaates Sachsen zu stärken und die gesetzlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass der notwendige Transformationsprozess im Rahmen der vom Bund initiierten Krankenhausreform aktiv gestaltet werden kann.	○



Nähere Informationen unter <https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

○ neu im parlamentarischen Verfahren ✓ angenommen ✗ abgelehnt

// Rüdiger Soster



ORTE DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

Neben den Schattenseiten der deutschen Geschichte strahlen auch jene Momente des Glücks, die unserem Land Freiheit und Demokratie gebracht haben. Sie lassen sich ebenfalls konkreten Orten zuordnen. Der Theaterplatz in Plauen, die Nikolaikirche in Leipzig oder das Dresdner Ständehaus sind nur einige Beispiele, wo sich unsere sächsische Demokratie entwickelte. Um auf diese und weitere Orte hinzuweisen, gab es am 18. März 2026 erstmals den bundesweiten »Tag der Demokratiegeschichte«.

Haupteingang des Dresdner Ständehauses



Landtagskomplex aus Alt- und Neubau

Demokratiegeschichte erleben

Erster bundesweiter Aktionstag am 18. März 2026



**TAG DER
DEMOKRATIE
GESCHICHTE**

Tag der Demokratiegeschichte

Die Initiative geht auf die 2021 vom Bundespräsidenten gegründete »Bundesstiftung Orte der Demokratiegeschichte« zurück. Bundesweit beteiligten sich mehr als 250 Veranstalter mit Vorträgen, Lesungen und interaktiven Formaten.

Der 18. März ist ein Schlüsseldatum der wechselvollen deutschen Demokratiegeschichte. Er ruft die Mainzer Republik 1793, die Berliner Barrikadenkämpfe von 1848, den Widerstand gegen den Kapp-Putsch 1920 sowie die einzige freie Volkskammerwahl in der DDR 1990 ins Gedächtnis. Der Tag soll daran erinnern, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern über Generationen hinweg mutig erkämpft wurde.

Vom 18. bis 22. März luden in Sachsen im Rahmen des Tages der Demokratiegeschichte 14 Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit dem Thema ein. Während man in Görlitz die Märzrevolution von 1848 regional beleuchtete, blickte Plauen aus verschiedenen Perspektiven auf die Demonstrationen von 1989 zurück. Auch Leipzig beteiligte sich als Zentrum der Friedlichen Revolution mit zahlreichen Angeboten.

Sächsische Orte der Demokratie

Im Freistaat Sachsen lassen sich zahlreiche Spuren des jahrhundertelangen Ringens um Mitbestimmung finden. Bereits während der Märzrevolution

Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier fand am 18. März 2026 erstmals der »Tag der Demokratiegeschichte« statt – ein bundesweiter Impuls, der daran erinnert, dass Orte wie der Sächsische Landtag Schauplätze lebendiger Demokratiegeschichte sind.

von 1848 formierte sich in Sachsen eine starke Demokratiebewegung, insbesondere in Dresden und Leipzig. In zahlreichen Arbeitervereinen wurden die Meinungs- und Pressefreiheit sowie Frauenrechte lautstark eingefordert. Der Versuch sächsischer Revolutionäre, die liberalen Errungenschaften der Frankfurter Paulskirche im Dresdner Mai-Aufstand von 1849 gewaltsam durchzusetzen, scheiterte jedoch.

Zu einem lebendigen Ort der Demokratie entwickelte sich nach Gründung des Freistaates Sachsen im Jahre 1918 das Dresdner Ständehaus. An die-

sem Ort tagte der sächsische Landtag als gewählte Volksvertretung bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933, die die Demokratie zerstörten.

Es dauerte schließlich bis zur Friedlichen Revolution im Herbst 1989, dass in Plauen, Leipzig, Dresden und vielen weiteren Städten erneut Demokratiegeschichte geschrieben wurde. Am 27. Oktober 1990 konstituierte sich in der Dresdner Dreikönigskirche der erste freigeählte Sächsische Landtag. Heute kommen die Abgeordneten in einem eigens neu errichteten Parlamentsgebäude am Elbufer zusammen. Dort wird seitdem tagtäglich neue Demokratiegeschichte geschrieben.

// Madita Markgraf

www.demokratie-geschichte.de



Kurz informiert

Internationale Beziehungen pflegen

Der Sächsische Landtag versteht sich nicht nur als Ort der Landesgesetzgebung, sondern pflegt ebenso den Austausch mit konsularischen Vertretern anderer Staaten. Jüngst boten sich hierfür gleich mehrere Anlässe, da hochrangige Gäste aus dem Ausland in den Landtag kamen.

Die Botschafterin der Republik Zypern, Maria Papakyriakou, vertritt den Inselstaat, der in diesem Jahr die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Aus diesem Anlass führte sie am 24. Februar ein Gespräch mit dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa. Die neue US-Generalkonsulin Jodi Breisler kam am 12. März zu ihrem Antrittsbesuch in den Sächsischen Landtag. Sie sprach mit Landtagspräsident Alexander Dierks über die seit fast 200 Jahren bestehenden Beziehungen zwischen Sachsen und den USA. Beide waren sich einig, dass die Partnerschaft für beide Seiten zahlreiche Vorteile bietet. Ebenfalls zu seinem Antrittsbesuch traf der Botschafter Usbekistans, Dilshod Akhatov, am 24. März mit dem Landtagspräsidenten zusammen. Beide zeigten sich offen für eine noch engere Zusammenarbeit. So kann Usbekistan zum einen von Technologien aus Sachsen profitieren, während Fachkräfte aus dem asiatischen Land die sächsische Wirtschaft unterstützen können.



Maria Papakyriakou mit Vertretern des Europaausschusses

Foto: Landtag



Alexander Dierks und Jodi Breisler

Foto: T. Schlorke



Alexander Dierks und Dilshod Akhatov

Foto: S. Floss



Foto: Landtag

Gelöbnis des Panzergrenadierbataillons 371 in Marienberg

Seit knapp 200 Jahren ist die erzgebirgische Stadt Marienberg ein Militärstandort. Das dort stationierte Panzergrenadierbataillon 371 »Marienberger Jäger« bildet einen wichtigen Teil der deutschen Landstreitkräfte. Landtagspräsident Alexander Dierks nahm am 19. März 2026 am Gelöbnis der ausgebildeten Rekruten teil. Er lobte deren Einsatzbereitschaft und hob die Tradition des Standorts hervor. Die Soldaten seien wichtig, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands in einer zunehmend autoritärer werdenden Welt zu verteidigen, so Dierks.

Ehemalige Kriegsgefangene aus der Ukraine zu Gast

Eine Gruppe ukrainischer Soldaten, die bei Kämpfen mit der russischen Armee in Gefangenschaft geraten waren, erzählte am 27. Februar 2026 im Landtag von ihren Erlebnissen. Landtagspräsident Alexander Dierks hörte ihnen aufmerksam zu und versicherte zugleich die Solidarität mit der Ukraine. Einer der Soldaten war Petro Holoveshko, der vor Beginn des russischen Angriffskrieges Diplomat in Dubai gewesen war. Im Gespräch berichtete er von seinen Erlebnissen an der Kriegsfront sowie von der Zeit in russischer Gefangenschaft.



Foto: Landtag

FÜR DIE EIGENE UND DIE GESELLSCHAFTLICHE ZUKUNFT

— Ein freiwilliges Jahr in der Politik

Name: Mateo Quiring
Alter: 18
Wohnort: Arnsdorf bei Dresden
Abitur am: Humboldt-Gymnasium Radeberg

Mateo Quiring und Niklas Hellfritsch wollten nach ihrem Abitur nicht sofort wieder in den nächsten Klausurenphasen stecken, sondern vorher etwas Praktisches leisten! Da sich beide sehr für Politik interessieren, sind sie auf ein Angebot des Landtags aufmerksam geworden. In der Parlamentsverwaltung absolvieren sie derzeit ihr Freiwilliges Soziales Jahr mit politischem Schwerpunkt.

Arbeit mit Fokus (Niklas)

Mir bereitet es sehr viel Spaß, für die Social-Media-Kanäle des Landtags Videos zu drehen. Ein Kurzvideo vom Konzept, über den eigentlichen Dreh bis hin zum fertigen Ergebnis zu begleiten, ist für mich spannend und aufregend. Wenn ich mit der Kamera Veranstaltungen und Termine begleite, bekomme ich einen tiefen Einblick hinter die Kulissen. Meine Erfahrungen kann ich anschließend nutzen, um für das Internet oder den Landtagskurier Beiträge zu schreiben. Auf diese Weise verschmelzen meine Tätigkeitsbereiche in der Öffentlichkeitsarbeit miteinander und sind doch unterschiedlich. Ich kann viele kleine und große Aufgaben übernehmen und lerne doch stets dazu. Jeder Tag und jede Veranstaltung wird so etwas

Besonderes. Seit dem Start meines FSJ-Jahres im September 2025 habe ich bereits viele Höhepunkte miterlebt: Der Tag der Sachsen in Sebnitz, der Tag der offenen Tür im Landtag, das Jugend-Redeforum oder eine journalistische Reportage über eine Abgeordnete für den Landtagskurier.

Im Moment bin ich mit einem weiteren tollen Projekt betraut: Ich entwickle ein Hausaufgabenheft, das sich speziell an Grundschülerinnen und -schüler richtet. In Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen sowie einer Grafikagentur entsteht ein vorzeigbares Hausaufgabenheft, das ab dem Schuljahr 2026/2027 von Kindern der 1. bis 4. Klasse verwendet werden kann. Für dieses Projekt habe ich Verantwortung übernommen und konnte mich in der Koordi-

Ich absolviere mein FSJ beim Sächsischen Integrationsbeauftragten. Das Amt ist dem Landtag angegliedert und soll die Anliegen von Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen fördern. Als FSJ-ler unterstütze ich den Publikationsversand, erstelle Newsletterbeiträge und beantworte Anrufe. Außerdem betreue ich den Social-Media-Auftritt des Sächsischen Integrationsbeauftragten und führe Protokoll in der Härtefallkommission. Dadurch lerne ich hautnah Schicksale von Ausländern und anderen Menschen mit Migrationshintergrund kennen. Ihre Lebensumstände sind häufig kompliziert. Etwas darüber zu erfahren, ist mir sehr wichtig und stets interessant.

nation einer großen Aufgabe üben – wohlwissend, stets Unterstützung zu erfahren, wenn ich sie brauche.

Eintauchen in die Politik (Mateo)

Zu meinen Highlights im FSJ zählen besonders die praktischen

Tätigkeiten, die mich die Verbindung von Politik und Gesellschaft erleben lassen. Sei es, den Integrationsbeauftragten Martin Modschiedler zu Terminen zu begleiten, die Plenardebatten zu verfolgen oder mich mit Menschen und ihrer Migrationsgeschichte auseinanderzusetzen. Bevor ich allerdings eigen-

Ich absolviere mein FSJ-Politik in der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst des Sächsischen Landtags. Zu meinen regelmäßigen Aufgaben gehört es, an Social-Media Beiträgen mitzuwirken, für den Landtagskurier Texte zu schreiben und gemeinsam mit meiner Mentorin dafür zu sorgen, dass der Internetauftritt auf dem aktuellen Stand ist. Dabei lerne ich viel über Textgestaltung und Bildkomposition, verbessere meinen Ausdruck und komme mit vielen interessanten Menschen in Kontakt.

Name: Niklas Hellfritsch

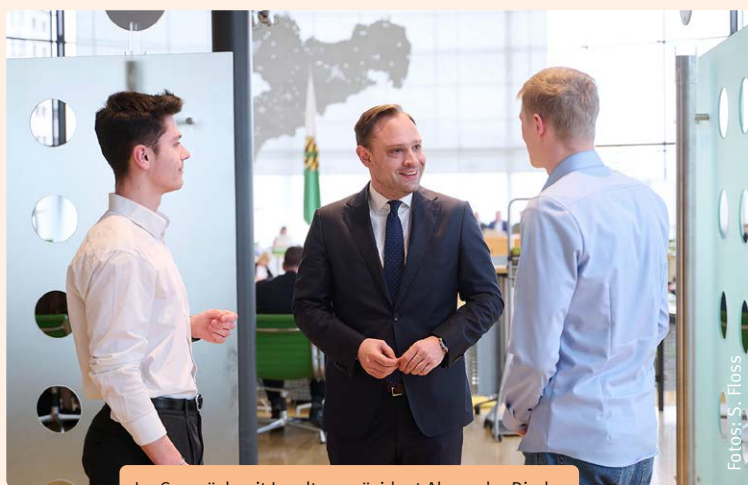
Alter: 19

Wohnort: Reinhardtsgrimma

Abitur am

»Glückauf«-Gymnasium

Dippoldiswalde



Im Gespräch mit Landtagspräsident Alexander Dierks

Fotos: S. Floss



Bildungstage während des FSJ

Neben der Arbeit in der Einsatzstelle finden zudem regelmäßige Bildungstage und -wochen statt. Dabei treffen wir uns mit den anderen politischen Freiwilligen. Gemeinsam diskutieren wir aktuelle Themen, lernen auch mal Zaubern oder haben Abende, die sich wie Klassenfahrt anfühlen.

ständig arbeiten konnte, musste ich mir erstmal dem Ausmaß meiner Unwissenheit bewusst werden. Welche Anforderungen hat eine Pressemitteilung? Wie ist die Arbeit innerhalb der Geschäftsstelle und der Landtagsverwaltung untereinander abgestimmt? Was ist eigentlich eine Fiktionsbescheinigung (ein vorläufiges Dokument der Ausländerbehörde, das den Aufenthalt vorläufig erlaubt, ohne dass bereits über einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel entschieden worden ist)? Wer ist zuständig, an wen kann ich mich wenden?

Mittlerweile bin ich geübt darin, beispielsweise die Anrufe von Ratsuchenden kompetent anzunehmen oder bei Veranstaltungen und Netzwerktreffen mitzuwirken. Bei vielen Gelegenheiten lerne ich etwas dazu und begegne ganz unterschied-

lichen Menschen in ganz unterschiedlichen Funktionen. Aktuell überarbeite ich den Social-Media-Auftritt des Sächsischen Integrationsbeauftragten. Alle Einblicke und Erfahrungen, die mir das FSJ bietet, empfinde ich als einmalige Möglichkeiten. Hier lerne ich, worauf es auch später in einem richtigen Beruf einmal ankommt: Im Team gemeinsam an einem Strang ziehen, entspannt mit verschiedenen Charakteren umgehen und kreative Lösungen für Probleme finden. Ich freue mich rückblickend über die erste Hälfte meines Freiwilligendienstes und freue mich ebenso auf die zweite Hälfte.

// Niklas Hellfritsch
und Mateo Quiring

Teil 1

Graf Detlev von Einsiedel und sein Wirken auf den sächsischen Landtagen

Teil 1: Die Steuerdiskussion 1811

Graf Detlev von Einsiedel (1773–1861) zählt zu den prägendsten Gestalten der sächsischen Geschichte im frühen 19. Jahrhundert. Kein anderer Politiker jener Zeit hatte im Königreich Sachsen einen solchen Einfluss wie er. Einsiedel war aber nicht allein ein Mann der Exekutive, sondern gehörte insgesamt 31 Jahre dem Landtag an.

Als allgewaltiger Kabinettsminister der Könige Friedrich August I. und Anton bestimmte der streng konservative Staatsmann Graf Detlev von Einsiedel die Innen- und Außenpolitik Sachsens von den Befreiungskriegen gegen Napoleon bis ins Revolutionsjahr 1830. Von 1799 bis 1830 gehörte er dem Landtag an, seit 1811 sogar in doppelter Funktion als Rittergutsbesitzer in der 2. Kurie und als Vertreter des Hochstifts Meißen in der 1. Kurie. Zugleich nahm er als innovativer Eisenhüttenunternehmer, u. a. in Lauchhammer, Gröditz und Berggießhübel, eine Pionierrolle in der Industrialisierung Mitteldeutschlands ein und machte sich als führender Repräsentant der sächsischen Erweckungsbewegung einen Namen. Sein Leben spiegelt in markanter Weise das Ineinandergreifen von Politik, Wirtschaft und Religion im bieder-

meierlichen Sachsen wider. Dabei war eine politische Karriere keineswegs vorgezeichnet. Erst Einsiedels Auftreten beim Landtag 1811 machte ihn einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Herkunft und früher Werdegang

Als Sprössling einer der vermögendsten und einflussreichsten sächsischen Adelsfamilien wurde Einsiedel am 12. Oktober 1773 in Wolkenburg geboren und schlug den üblichen aristokratischen Bildungsweg ein: Nach dem Besuch der Dresdner Kreuzschule studierte er seit 1790 Jura in Wittenberg und unternahm 1794 aus technisch-ökonomischem Interesse eine längere Reise in die oberschlesische Industrie- und Bergbauregion. Danach begann er eine für die damalige Zeit klassische

Beamtenlaufbahn, die ihn mit einer Fülle an staatlichen Verwaltungsaufgaben bekannt machte. Anfangs fungierte er als Amtshauptmann in Meißen, 1801 wurde er zum Geheimen Finanzrat berufen. Von 1806 bis 1813 bekleidete Einsiedel den Posten eines Kreishauptmanns im Meißenischen Kreis und war zugleich dessen Gendarmerie-Direktor. 1810 übernahm er zusätzlich die Oberaufsicht über das Floßwesen auf der Weißeritz und der Oberelbe.

So erfolgreich dieser Werdegang auch war – von dem staatsmännischen Format, das Einsiedels Zeitgenossen Metternich, Hardenberg oder der Freiherr vom Stein entwickelten, blieb der Graf weit entfernt. Dass er dennoch zum führenden Politiker Sachsens wurde, hat u. a. mit dem Landtag 1811 zu tun, der für Einsiedel zu einer Art Karrieresprungbrett in die Politik wurde.

Im Schatten Napoleons

Dieser Landtag stand unter dem Eindruck der Kriegspläne Napoleons. Seit 1806 war Sachsen als Mitglied des Rheinbundes von französischen Truppen besetzt und nur begrenzt handlungsfähig. Viele Rheinbundstaaten hatten von Napoleon eine als fortschrittlich begrüßte Gesetzgebung erhalten. Auch die preußischen Staatsreformen weckten in Sachsen Hoffnungen auf eine Modernisierung des Landes. Denn verfassungsrechtlich glich Sachsen einem Flickenteppich. Über 20 Landesteile von den Schönburgischen Herrschaften bis zur Oberlausitz behaupteten Sonderrechte. Eine Vereinheitlichung der Rechtsgrundsätze im Land schien dringlich.

Auch der Staatshaushalt war durch die französische Besetzung in Unordnung geraten. Erstmals seit 1763 mussten

neue Schulden aufgenommen werden. Allein der Militäretat brauchte Unmengen an Geld. Für die Staatsfinanzen benötigte der König die Zustimmung des Landtags. Die Abgeordneten waren so geschickt, mit der Haushaltsfrage auch die Vereinheitlichung des Staatsgebiets zu thematisieren, drangen aber nicht durch. So bildete die Idee einer Steuerreform zur Steigerung der Staatseinnahmen den Hauptberatungsgegenstand des Landtags 1811.

Kontroverse im Landtag

Für Detlev von Einsiedel bot sich die Gelegenheit, seine profunden fiskalischen und ökonomischen Kenntnisse sowie seine Erfahrungen als Rittergutsbesitzer in die Diskussion einzubringen. Seine Stimme erhielt auch deshalb besonderes Gewicht, weil ihn der Landtag an die Spitze jener

14-köpfigen Deputation wählte, die Pläne für ein neues Steuersystem beraten sollte. Als Vorsitzender steuerte der erst 38-jährige Einsiedel den langen und komplexen Meinungsbildungsprozess. Eine Aufhebung des bisherigen Systems, nach dem bäuerlicher Grundbesitz unverhältnismäßig hoch besteuert wurde, Rittergüter aber steuerfrei waren, stand für ihn außer Frage. Obwohl er selbst dadurch Privilegien verloren hätte, beförderte Einsiedel den Plan des Zwickauer Bürgermeisters Carl Wilhelm Ferber, der eine gleichmäßige, einkommensabhängige Besteuerung der Gesamtbevölkerung vorsah. In den hitzigen Diskussionen, die gravierende Meinungsunterschiede der Abgeordneten offenbarten, gewann Einsiedel immer mehr an Profil. Während die Abgeordneten der Städte einhellig eine Steuerreform begrüßten, zeigten sich die ritterschaftlichen Abgeordneten

gespalten. Gegen die eigenen Standesgenossen verteidigte Einsiedel die Idee, anhand der Reinerträge von Grundstücken und dem Einkommen aus Gewerbe eine Berechnungsgrundlage für eine allgemeine Steuer aufzustellen. Angesichts der teils hartnäckigen Gegenreden brachte er schließlich sogar ein persönliches Separatvotum in den Landtag ein. Auch wenn seine Vorschläge vom König nur teilweise aufgenommen wurden, begründete sich hier sein späterer Ruf als versierter Finanzpolitiker. Das neue Abgabensystem, das der König im Ergebnis des Landtags ab 1813 in Kraft treten lassen wollte, machte der Russlandfeldzug Napoleons zunichte. Nach den Kriegereignissen wurde es nicht wieder aufgegriffen. Erst 1844 erhielt Sachsen ein neues Grundsteuersystem.

Berufung zum Minister

Detlev von Einsiedel aber war durch sein Auftreten im Landtag in Erinnerung geblieben. Im Krisenjahr 1813 wurde seine Karriere in völlig neue Bahnen gelenkt. Nach Napoleons Niederlage in Russland hatte König Friedrich August vergeblich ver-



PD Dr. Michael Wetzel

studierte deutsche und afrikanische Geschichte, Philosophie und Interkulturelle Kommunikation in Chemnitz und Harare/Zimbabwe. 2003 wurde er an der TU Chemnitz promoviert. Anschließend arbeitete er viele Jahre im Staatsarchiv Chemnitz. 2022 erfolgte seine Habilitation mit einer Studie zu Graf Detlev von Einsiedel. Seit 2023 arbeitet er im Universitätsarchiv Dresden.

Foto: Klaus Ulrich Ruof

sucht, sich aus dem Bündnis mit Frankreich zu lösen. Der erboste Napoleon forderte Loyalität und den Austausch der wichtigsten Berater des Monarchen. Der König geriet in ein Dilemma. Um Napoleon zu beschwichtigen, zugleich aber die franzosenfeindliche Stimmung im Volk ernst zu nehmen, bedurfte er eines Ministers, der möglichst neutral und somit allen Seiten vermittelbar erschien. Er fand ihn in Detlev von Einsiedel, der zur eigenen Überraschung am 8. Mai 1813 zum Innenminister und zehn Tage später auch noch zum Außenminister berufen wurde.

Gewissermaßen über Nacht fand sich Einsiedel in einer Machtposition wieder, die ihresgleichen suchte. Vorerst ließ sich davon kein Gebrauch machen. Nach der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 ging Einsiedel an der Seite König Friedrich Augusts I. in preußische Gefangenschaft und kehrte erst 1815 nach Sachsen zurück. Dann aber baute er seine Stellung immer weiter aus, was auch sein Verhältnis zum Landtag entscheidend verändern sollte.

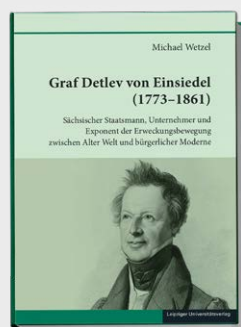
// PD Dr. Michael Wetzel

Schloss Wolkenburg über dem Tal der Zwickauer Mulde, um 1920



Foto: Deutsche Fotothek / Johannes Mühlner

Das Buch von PD Dr. Michael Wetzel über **Graf Detlev von Einsiedel (1773–1861)** ist 2023 im Leipziger Universitätsverlag erschienen. Es umfasst 393 Seiten. ISBN 978-3-96023-550-7



Plenarsitzungen

12.05. – 13.05.2026
24.06. – 25.06.2026
26.08.2026
16.09. – 17.09.2026
04.11. – 05.11.2026
17.12. – 22.12.2026

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501
AfD, Tel. 0351 493-4201
BSW, Tel. 0351 493-4400
SPD, Tel. 0351 493-5700
BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800
Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen unter besucherdienst@slt.sachsen.de

Offene Führungen ohne Anmeldungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag und auf
YouTube: youtube.com/@SaechsischerLandtag

Neuerscheinung!

2026 / 2027

GRUNDSCHULPLANER

Das neue Hausaufgabenheft des Sächsischen Landtags ist ein praktischer Begleiter für sächsische Grundschulrinnen und -schüler. Für ältere Schüler ist nach wie vor unser Schülerkalender erhältlich.



- Hausaufgabenheft und Nachschlagewerk zur Landespolitik
- Möglichkeiten der Mitgestaltung
- Parlamentswissen in verständlicher Form

Bestellung
(Auslieferung ab Mai 2026):
www.landtag.sachsen.de/publikationen

